

Der Staat als Vollzugsorgan der Partei

In der SBZ hatte die sowjetische Besatzungsmacht die kommunistische SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) bereits seit 1946, wie zuvor die kommunistische Partei, so begünstigt, daß je mehr sie sich aus der unmittelbaren Verwaltung zurück zog, desto größer die Macht dieser Partei wurde. Die SED betrachtet sich als marxistisch-leninistische Partei, die wegen ihrer Erkenntnisse über die gesetzmäßige Entwicklung der Geschichte berechtigt ist, die Arbeiterklasse zu führen.

Entgegen der 1949 formell in Kraft getretenen Verfassung wurde die führende Rolle der SED immer weiter ausgebaut, so daß die „DDR“ seit 1956 als Volksdemokratie bezeichnet wird. Die Volksdemokratie wird in der marxistisch-leninistischen Staatslehre als eine Form der Diktatur des Proletariats angesehen, daß heißt der Herrschaft der kommunistischen Partei. Nach der Staatslehre des Marxismus-Leninismus ist der Staat lediglich ein Werkzeug in den Händen der herrschenden Klasse.

In „kapitalistischen“ Staaten sei er also ein Instrument der Kapitalisten. Habe die Arbeiterklasse die Macht ergriffen, müsse der Staat zu ihrem Instrument gemacht werden. Da nach dieser Auffassung die Arbeiterklasse der Führung durch die kommunistische Partei bedürfe, bedeutet Herrschaft der Arbeiterklasse die Herrschaft der kommunistischen Partei. Der Staat wird zum Instrument dieser Partei. Zur weiteren Festigung der Herrschaft der Partei über den Staat faßte das Politbüro des Zentralkomitees der SED am 12.7.1960 einen Beschluß „zur weiteren Qualifizierung der Arbeit der Organe des Staatsapparates“. Dieser Beschluß wurde nicht in seinem Wortlaut, sondern nur inhaltlich veröffentlicht.

DOKUMENT 1

Was ist der Hauptinhalt des Beschlusses?

Der Beschluß geht von der marxistisch-leninistischen Erkenntnis über das Verhältnis der revolutionären Partei der Arbeiterklasse zum Staatsapparat in der Periode des Überganges zum Sozialismus aus. Die Aufgabe der Partei besteht darin, die politische Linie für alle Gebiete des sozialistischen Aufbaus auszuarbeiten und die Hauptrichtung der gesamten Tätigkeit des Staatsapparates festzulegen. Der Staatsapparat hat die Aufgabe, die konkreten Maßnahmen zur Durchführung der Beschlüsse der Partei festzulegen und zu verwirklichen — nochmals: zu verwirklichen.

In der Organisierung der Durchführung des Beschlusses der Partei durch den Staatsapparat muß streng und konsequent das Prinzip des demokratischen Zentralismus verwirklicht werden. Es muß eine eiserne Disziplin herrschen und mit aller Energie um die Durchführung der zentralen Beschlüsse gekämpft werden.

In Vorbereitung und konsequenter Durchführung der Beschlüsse müssen wir ständig die Verbindung mit der

Bevölkerung enger gestalten und ihre aktive schöpferische bewußte Mitarbeit erhöhen.

In allen Bereichen und auf allen Stufen müssen wir eine feste Ordnung und Disziplin bei der Durchführung der Beschlüsse sowie eine konsequente Wahrnehmung der Verantwortlichkeit durchsetzen.

Alle Abgeordneten und alle Mitarbeiter des Staatsapparates müssen zu Kämpfern für die Sache des Sozialismus erzogen werden.

Quelle: „Sozialistische Demokratie“, Organ des Ständigen Ausschusses für die örtlichen Volksvertretungen der Volkskammer der „DDR“ vom 12. 8.1960, S. 9.

Einige Tage später schloß sich der Ministerrat dem Beschluß des Politbüros an. Gleichzeitig wurde ein Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates mit der allseitigen Koordinierung und Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates im Staatsapparat beauftragt. Der Beschluß des Ministerrates wurde nicht amtlich verkündet. Es wurde lediglich eine Pressemitteilung darüber ausgegeben.

DOKUMENT 2

Berlin (ADN). Das Presseamt beim Ministerpräsidenten teilt mit:

Der Ministerrat beschäftigte sich in seiner Sitzung am 14. Juli 1960 mit der weiteren Qualifizierung der Arbeit der Organe des Staatsapparates.

.....
.....

Die Organisierung des Sieges des Sozialismus, die Durchführung unseres Siebenj ahrplanes, insbesondere die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe, erfordern infolge ihrer hohen Aufgabenstellung eine umfassende weitere Qualifizierung der staatlichen Arbeit. Es kommt jetzt darauf an, die staatliche Leitungstätigkeit noch straffer zu koordinieren, die Kontrolle zu verstärken und gleichzeitig die Verantwortlichkeit der staatlichen Organe, besonders der Organe der Staatsmacht in den Bezirken, Kreisen und Gemeinden zu erhöhen. Dabei gilt es, die Werktätigen immer breiter in die staatliche Leitungstätigkeit einzubeziehen und ihre Initiative, ihr bewußtes schöpferisches Handeln für den Sieg des Sozialismus voll wirksam werden zu lassen.

Ausgehend von diesen Notwendigkeiten erläuterte Ministerpräsident Otto Grotewohl den Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED zur weiteren Qualifizierung der Arbeit der Organe des Staatsapparates und die darin im einzelnen festgelegten Maßnahmen.

Der Ministerrat und sein Präsidium verbessern ihre Tätigkeit, indem sie sich auf die Beratung und Beschlußfassung der Grundfragen der Durchführung der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, insbesondere des Siebenj ahrplanes und der Volkswirtschaftspläne, konzentrieren und damit verbundene Maßnahmen ausarbeiten, ihre Verwirklichung organisieren und sichern. In Durchführung dieses Beschlusses wird ein Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates mit der allseitigen Koordinierung und Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates im Staatsapparat beauftragt und verantwortlich gemacht.

.....
.....

Quelle: „Neues Deutschland“ vom 16. 7.1960, S. 3.